

# *Gemeinde Strande*

## *Der Bürgermeister*

*Gemeinde Strande · Dänischenhagener Str. 1 · 24229 Strande*

An  
Herrn Minister Dr. Robert Habeck  
Minister für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt  
und ländliche Räume  
des Landes Schleswig-Holstein

Postfach 7151  
24171 Kiel

*Strande, den 6. August 2013*

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Habeck,

Als Bürgermeister des Ostseebades Strande habe ich die Diskussionen hinsichtlich Novellierung der Landesverordnung über die Ausübung der Fischerei in den Küstengewässern (Küstenfischereiverordnung – KÜFO) sehr genau in den letzten 12 Monaten verfolgt. Die Gemeinde Strande ist von dieser Diskussion und der resultierenden Entscheidung maßgeblich sowohl direkt als auch indirekt betroffen. Strande, an der Kieler Außenförde, ist ein beliebtes Ziel für Urlauber und Wasserfreunde aus dem Umland. Die Nutzung der Flächen im Gemeindebereich erstrecken sich im Ostseebereich auf strandnahe Freizeitnutzung, Badebetrieb, Schifffahrt, Sportbootverkehr und der gewerblichen Fischerei.

Gerade aber die Fischerei und der Hafen sind das touristische Aushängeschild der Gemeinde neben dem Naturstrand und der Steilküste. Die Betroffenheit der Gemeinde Strande durch die in der Diskussion stehende Novelle besteht darin, dass neben den gravierenden indirekten Auswirkungen auf den Tourismus - durch Ausbleiben der Möglichkeit einer bisher immer politisch geforderten Vermarktung regionaler Produkte - direkt auch die Existenz der gewerblichen Fischer innerhalb der Gemeinde auf dem Spiel steht. Diese Fischerei wird überwiegend durch traditionsreiche, handwerkliche Familienbetriebe aus der Gemeinde ausgeübt.

Insbesondere das diskutierte Verbot der Stellnetzfischerei im Schutzgebiet Bülk / Stoller Grund am Ausgang der Eckernförder Bucht für geplante sechs Monate bedeuten das definitive Aus für die

Adresse:

Bürgermeister:  
Dänischenhagener Str. 1  
24229 Strande  
Telefon: (04349) 9144992  
Telefax: (04349) 9144994

Verwaltung:  
Sturenhagener Weg 14  
24229 Dänischenhagen

Telefon: (04349) 809 – 0  
Telefax: (04349) 809 – 25

eMail: [info@amt-daenischenhagen.de](mailto:info@amt-daenischenhagen.de)  
Internet: [www.amt-daenischenhagen.de](http://www.amt-daenischenhagen.de)

gewerbliche Fischerei in Strande, da allein die Stellnetzfischerei im Winter auf Dorsch die Haupteinnahmequelle der hiesigen Fischer darstellt.

Es ist mir an dieser Stelle ein Bedürfnis darauf hinzuweisen, dass die Einhaltung von Aspekten des Umweltschutzes absolut unstrittig ist und ebenso der unerwünschte Beifang minimiert werden muß. Grundlage für diese hochgesteckten Ziele des Umweltschutzes im Einklang mit Anforderungen einer zeitgemäßen wirtschaftlichen Fischerei müssen aber wissenschaftlich fundierte Parameter sein, um eine breite Akzeptanz bei den verschiedenen Interessenslagen zu schaffen. Die Problematik ist zu komplex, die Interessen der einzelnen Verbände zu heterogen, so dass es eine einfache Lösung nicht geben kann. Wie es der Name Ihres Ministeriums schon zum Ausdruck bringt, ist ein Kompromiss aus Landwirtschaft, Fischerei und Naturschutz zu erarbeiten. Auch unter touristischen Aspekten ist solch ein Kompromiss bedeutsam, um den vielfältigen Interessen am ehesten gerecht zu werden. Singuläre Betrachtungen sind wenig zielführend und die negativen Beeinträchtigungen wären zu einseitig verteilt.

Solch ein geforderter Kompromissvorschlag scheint nun mit dem „Strander Modell“ möglich, welches auf fachlichen Argumenten aufgebaut ist. Die Stellnetzfischerei hat in der Vergangenheit im Ostseeraum faktisch abgenommen. Es gibt deshalb keinen Grund, den Familienbetrieben die Existenz der essentiellen Fanggebiete zu nehmen und gleichzeitig die touristische Anziehungskraft eines Ostseebades maßgeblich zu reduzieren. Gleichwohl wurde in unserem Nachbarland Dänemark die Stellnetzfischerei in einer Studie als hervorragendes selektives Fanggerät klassifiziert hinsichtlich Vermeidung Beifang aller Art. Darunter auch Seevögel und Schweinswale! Obendrein wird die Stellnetzfischerei für den besonders geringen Verbrauch an fossilen Brennstoffen vergleichend zur bodennahen gezogenen Fischerei herausgestellt. Diese Studie steht konträr zu den im Inland verbreiteten Thesen im Rahmen der derzeitigen Diskussion. Gleichsam zeigt es die ganze Bandbreite der einzelnen Aspekte und die Notwendigkeit eines fachlichen Kompromisses.

In Abstimmung mit den hiesigen gewerblichen Fischern und in Rücksprache mit unabhängigen Fachleuten wird seitens der politischen Vertretung der Gemeinde Strande eine pauschale Regelung und einseitige Benachteiligung Strander Interessen interfraktionell abgelehnt. Vielmehr besteht Einigkeit, dass biologisch und wissenschaftlich fundierte Sachverhalte in die zukünftige Regelung intelligent eingebaut werden müssen. Herr Dr. Habeck, Sie sind nicht nur Naturschutzminister, sondern auch Fischereiminister und Landwirtschaftsminister.

Wir müssen im Rahmen der geplanten Neuregelung sachlich und fachlich zwischen den Sommer- bzw. und den Wintermonaten unterscheiden:

Adresse:

Bürgermeister:  
Dänischenhagener Str. 1  
24229 Strande  
Telefon: (04349) 9144992  
Telefax: (04349) 9144994

Verwaltung:  
Sturenhagener Weg 14  
24229 Dänischenhagen

Telefon: (04349) 809 – 0  
Telefax: (04349) 809 – 25

eMail: [info@amt-daenischenhagen.de](mailto:info@amt-daenischenhagen.de)  
Internet: [www.amt-daenischenhagen.de](http://www.amt-daenischenhagen.de)

### Kompromiss Sommer:

Die mittlerweile aus Ihrem Hause getroffenen Überlegungen hinsichtlich Aufgabe der Walschutzgebiete und Schonzeiten vor Bülk und auf dem Stoller Grund sind aus fachlicher Sicht zielführend. Für dieses Verständnis respektive Einarbeitung danken wir Ihnen und Ihren Mitarbeitern sehr. Somit ist die bisherige Problematik durch den nun gemachten Kompromiss aus Strander Sicht in einen gangbaren Weg überführt worden

### Kompromiss Winter:

In den Wintermonaten entstehen aber immer noch die Hauptprobleme für die Strander Fischerei nach derzeitiger Diskussion. Es sind drei Entenschutzgebiete (Stoller Grund, Bülk und Kolberger Heide) ausgewiesen, die eine übermäßig lange Schonzeit vom 15. November bis 15. April beinhalten. Insbesondere das Gebiet vor Bülk ist das Hauptfanggebiet für Dorsch und (wie oben schon beschrieben) stellt der Dorsch die essentielle Einnahmequelle für die Fischer in den Wintermonaten dar. Auch für diesen Bereich haben wir positiv zur Kenntnis genommen, dass zwar die flächenmäßige Ausdehnung des Schutzgebietes in diesem Bereich reduziert wurde. Doch diese Maßnahme ist leider nicht ausreichend für ein wirtschaftliches Überleben der hiesigen Familienbetriebe.

Wir appellieren an Sie darauf hinzuwirken und sich persönlich dafür einzusetzen, dass wie schon mehrfach mit den zuständigen Mitarbeitern aus dem Ministerium kommuniziert und als Karte überreicht, die geplante Schutzzone lediglich leicht verschoben wird. Dieses sichert ein völlig ausreichendes Areal für den Schutzanspruch der Enten einerseits und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit für die Fischer weiterhin auf Dorschfang – wenn auch eingeschränkt - in den Wintermonaten zu gehen.

Detaillierte Ausführungen über die jeweilig akzeptablen Schutzzonen wurden den Herren Schmidt-Moser und Momme bei einem gemeinsamen Gespräch am 25.06.2013 dargestellt. Von Ihren Mitarbeitern wurde am 08.07. per Mail der Erhalt und die Details des „Strander Modells“ bestätigt und eine Prüfung auf Möglichkeit der Umsetzung zugesagt.

Eine von den gewerblichen Fischern dringend erwartete Rückmeldung hinsichtlich Einarbeitung respektive Umsetzung des „Strander Modells“ seitens des Ministeriums ist diesbezüglich leider bisher noch nicht erfolgt.

Erfreut waren wir seinerzeit über Ihre klaren Aussagen im Rahmen einer Informationstour in Eckernförde im August 2012, dass Sie keinesfalls Existenzen von Fischern gefährden wollen. Darüber hinaus stimmt es uns zuversichtlich, dass Sie im Februar 2013 ebenfalls in Eckernförde Dialogbereitschaft signalisiert haben. An diesen Aussagen werden Sie sich messen lassen müssen.

Verehrter Herr Minister, Sie haben einmal in einem Interview ebenso ausgeführt, dass „nichts zu tun keine Option für Sie ist“. Daher bitten wir Sie als gesamte politische Vertretung des Ostseebades Strandes, einen fachlich fundierten Kompromiss zwischen den verschiedenen „Strömungen“ herbeizuführen und die sachlich fundierte Verfahrensweise für die Sommermonate auch auf die

#### Adresse:

*Bürgermeister:  
Dänischenhagener Str. 1  
24229 Strande  
Telefon: (04349) 9144992  
Telefax: (04349) 9144994*

*Verwaltung:  
Sturenhagener Weg 14  
24229 Dänischenhagen*

*Telefon: (04349) 809 – 0  
Telefax: (04349) 809 – 25*

*eMail: info@amt-daenischenhagen.de  
Internet: www.amt-daenischenhagen.de*

Wintermonate in vorgeschlagener Weise fortzuführen. Nehmen Sie die Existenzängste der traditionsreichen handwerklichen Familienbetriebe an der Eckernförder- und Kieler Bucht ernst und lassen Sie diesen wirtschaftlichen Faktor im Fischereiland Nummer 1 in Deutschland nicht kaputt gehen, sowie berücksichtigen Sie den nicht zu unterschätzenden Wert im touristischen Sinne einer regionalen Direktvermarktung am Steg im Hafen. Sowohl die neue EU-Reform als auch die bisherigen Aussagen der Fischereipolitik bekennen sich zur traditionellen, kleinen handwerklichen Fischerei an der Ostseeküste. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Ziel arbeiten!

Die gesamte politische Vertretung des Ostseebades Strande wird keine Lösung akzeptieren, die die gewerbliche Fischerei des Ostseebades einseitig benachteiligt, zumal dieses nicht fachlich zu begründen ist. Lassen Sie uns gemeinsam einen tragfähigen Kompromiss in dieser Angelegenheit insbesondere für die Befischung der Wintermonate suchen. Die Sachlage läßt dieses eindeutig zu!

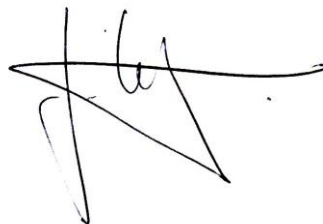
Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und würden uns über eine wohlwollende Prüfung unserer Vorschläge sehr freuen.



-----  
**Dr. Holger Klink**  
(Bürgermeister der Gemeinde Strande  
Fraktionsvorsitzender CDU)



-----  
**Claudia Sieg**  
(Fraktionsvorsitzende SPD)



-----  
**Jörn Clahsen**  
(Fraktionsvorsitzender FDP)

Adresse:

Bürgermeister:  
Dänischenhagener Str. 1  
24229 Strande  
Telefon: (04349) 9144992  
Telefax: (04349) 9144994

Verwaltung:  
Sturenhagener Weg 14  
24229 Dänischenhagen

Telefon: (04349) 809 – 0  
Telefax: (04349) 809 – 25

eMail: [info@amt-daenischenhagen.de](mailto:info@amt-daenischenhagen.de)  
Internet: [www.amt-daenischenhagen.de](http://www.amt-daenischenhagen.de)

P.S. Wir erlauben uns diesen Brief auch der lokalen Presse zu überreichen

Nachrichtlich:

Johannes Callsen (Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion)  
[johannes.callsen@cdu.ltsh.de](mailto:johannes.callsen@cdu.ltsh.de)

Dr. Ralf Stegner (Vorsitzender SPD-Landtagsfraktion)  
[ralf.stegner@spd.de](mailto:ralf.stegner@spd.de)

Wolfgang Kubicki (Vorsitzender FDP-Landtagsfraktion)  
[wolfgang.kubicki@fdp.ltsh.de](mailto:wolfgang.kubicki@fdp.ltsh.de)

Eka von Kalben (Vorsitzende der Bündnis 90 Die Grünen – Landtagsfraktion)  
[eka.von.kalben@gruene.ltsh.de](mailto:eka.von.kalben@gruene.ltsh.de)

Lars Harms (Vorsitzender SSW-Landtagsfraktion)  
[lars.harms@ssw.de](mailto:lars.harms@ssw.de)

Torge Schmidt (Vorsitzender Piraten-Landtagsfraktion)  
[fraktion@piratenpartei-sh.de](mailto:fraktion@piratenpartei-sh.de)

Adresse:

Bürgermeister:  
Dänischenhagener Str. 1  
24229 Strande  
Telefon: (04349) 9144992  
Telefax: (04349) 9144994

Verwaltung:

Sturenhagener Weg 14  
24229 Dänischenhagen

Telefon: (04349) 809 – 0  
Telefax: (04349) 809 – 25

*eMail:* info@amt-daenischenhagen.de  
Internet: www.amt-daenischenhagen.de